

Energiesicherheit*

BIHK-Positionen zur Landtagswahl 2018

Auf einen Blick

Für die bayerische Wirtschaft sind die Versorgungssicherheit und die Stabilität der Stromnetze von größter Bedeutung. Bereits kurzfristige Schwankungen können enorme Schäden verursachen und Produktions- und Logistikprozesse behindern. Im Zuge des Kernkraftausstiegs bis 2022 steuert Bayern jedoch auf eine immense Lücke bei der Stromerzeugung zu.

Um die Energiesicherheit für die Unternehmen im Freistaat weiterhin zu gewährleisten, müssen die vorhandenen Rahmenbedingungen weiter angepasst werden. Erforderlich sind eine Beschleunigung des Ausbaus gesicherter Kapazitäten, eine fristgerechte Errichtung der erforderlichen Übertragungsnetze, die Verstärkung der Verteilnetze sowie eine bessere Einbindung des bayerischen Stromnetzes in den europäischen Energiebinnenmarkt.

Dazu sollte die bayerische Politik:

- Die drohende Erzeugungslücke für Strom schließen
- Den Ausbau der Energienetze beschleunigen
- Den europäischen Energiebinnenmarkt stärken

Stimme der Wirtschaft

Die Energiesicherheit ist trotz Atomausstieg und steigendem Anteil stark schwankender Stromerzeugung sicherzustellen. Gleichzeitig darf der dringend benötigte Netzausbau keine rapide Steigerung der Kosten verursachen.

Dipl.-Ing. (FH) Christian Gottfried, Geschäftsführer Adolf Gottfried Tonwerke GmbH, Mitglied der Vollversammlung und des Umwelt- und Energie-Ausschusses der IHK zu Coburg

Drohende Erzeugungslücke für Strom schließen

Kernkraftausstieg führt zu Erzeugungslücke

Die Unternehmen im Freistaat können sich bisher auf eine hohe und zuverlässige Stromqualität verlassen. Dies belegt das kürzlich unter rund 2.200 Betrieben erhobene IHK-Energiewende-Barometer. Lediglich 10 Prozent der bayerischen Unternehmen haben mit Stromausfällen über drei Minuten zu kämpfen, knapp 20 Prozent mit Stromausfällen unter drei Minuten. Eine Grundlage für diese momentan noch gute Versorgungssituation ist, dass Bayern derzeit noch so viel Strom erzeugt wie verbraucht wird. Im Zuge des Kernkraftausstiegs steuert der Freistaat jedoch auf eine Lücke von gut einem Drittel bei der Stromerzeugung zu, die nun in kurzer Zeit geschlossen werden muss. Die Wirtschaft ist besorgt, ob die gewohnt hohe Qualität der Stromversorgung unter den gegebenen Randbedingungen noch aufrechterhalten werden kann und fordert die Landespolitik dazu auf, dass diese Lücke geschlossen wird.

Bau der erforderlichen Netzstabilitätsanlagen beschleunigen**

Um die Zuverlässigkeit der Stromversorgung auch zukünftig sicherzustellen, sind die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) dazu ermächtigt, schnellstartbare Netzstabilitätsanlagen zu errichten. Der Bau dieser Anlagen droht jedoch, sich durch langwierige Genehmigungsverfahren und Widerstände auf lokaler Ebene zu verzögern. Um dem entgegenzuwirken, müssen die Verwaltungsverfahren durch angemessene Personalsteigerungen in den Behörden beschleunigt werden. Des Weiteren ist der vom Energiedialog Bayern festgestellte Bedarf an Netzstabilitätsanlagen in Höhe von zwei Gigawatt (GW) nach Prüfung durch die Bundesnetzagentur auf 1,2 GW reduziert worden. Ob dies ausreicht, um die Sicherheit der Stromversorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, muss überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden.

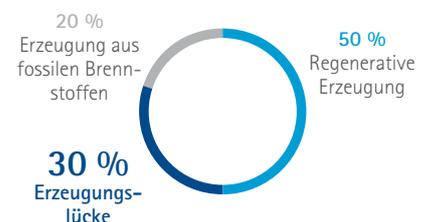
* Die IHK Schwaben hat ein ergänzendes Positionspapier zum Thema Energiekosten formuliert und beschlossen.

**In der Sitzung der Vollversammlung der IHK Würzburg-Schweinfurt wurde von Unternehmen angeregt, die Fahrweise von regenerativen Stromerzeugern zu ändern, den Ausbau der Windenergie zu beschleunigen, die Ausbauziele für regenerative Energien zu erhöhen und Pumpspeicherkraftwerke zu reaktivieren, damit die drohende Erzeugungslücke geschlossen werden kann.

Forderungen

- Stromerzeugungslücke schließen
- Bau der erforderlichen neuen Netzstabilitätsanlagen beschleunigen
- Zügigen Ausbau gesicherter Kapazitäten nach marktwirtschaftlichen Kriterien unterstützen

Deckung des Stromverbrauchs in Bayern 2021



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Bayerischen Energiekonzepts „Energie innovativ“

Ausbau grundlastfähiger Kraftwerke und Nutzung von Flexibilitäten forcieren

In Bayern besteht noch ein erhebliches Potenzial zur grundlastfähigen Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien. Ein Beispiel ist die Wasserkraft mit 13 Prozent an der Bruttostromerzeugung. Ein begrenzter Ausbau ist möglich und sinnvoll. Umweltauflagen müssen hierfür in einen angemessenen und praktikablen Ausgleich mit den Vorteilen dieser wertvollen erneuerbaren Energie gebracht werden. Die Rahmenbedingungen müssen von der Energiepolitik so gestaltet werden, dass ein sinnvoller Ausbau wieder möglich wird. Auch die verstärkte Nutzung verbrauchs- und erzeugungsseitiger Flexibilitäten kann zur Versorgungssicherheit beitragen und sollte stärker unterstützt werden.

Ausbau der Energienetze beschleunigen

Da sich die installierte Stromerzeugungsleistung in Deutschland im Zuge der Energiewende von Süd nach Nord verschiebt, ist der Netzausbau auf allen Ebenen unabdingbar. Mit einer Fertigstellung der neuen Gleichstromleitungen Süd-Ost- und SuedLink rechnen die ÜNB jedoch nicht vor 2025. Erfahrungsgemäß sind bei diesen umfassenden Projekten weitere Verzögerungen nicht auszuschließen. Zudem verursacht die Gewährleistung der Versorgungssicherheit aufgrund der erforderlichen Netzeingriffe schon heute enorme Kosten. Der Trend zu vermehrten Netz- und Systemstabilitätsmaßnahmen ist ungebrochen. Laut Bundesnetzagentur ist bis 2023 mit einer Vervierfachung der Redispatch-Kosten auf dann vier Milliarden Euro zu rechnen.

Übertragungsnetze zügig ausbauen

Auch nach Neubewertung im Rahmen des Netzentwicklungsplans 2030 wurden die beiden Projekte Süd-Ost- sowie SuedLink zweifelsfrei als notwendige Maßnahmen und Vorhaben im öffentlichen Interesse bestätigt. Um die Stromversorgung in Bayern nach dem Abschalten der Kernkraftwerke sicherzustellen und den weiteren Anstieg der Redispatch-Kosten zu verhindern, müssen die im Bundesbedarfsplangesetz beschlossenen Ausbaumaßnahmen nun zügig realisiert werden. Es gibt allerdings auch einige Unternehmen, die einen Netzausbau in dieser Größenordnung bezweifeln.

Akzeptanz für den Energieleitungsneubau erhöhen

Projekte wie die Erdgasfernleitung MONACO oder die Frankenleitung (Thüringer Strombrücke) zeigen, dass notwendige Energieinfrastrukturvorhaben bei konsistenter politischer Unterstützung und angemessener Kommunikation erfolgreich realisiert werden können. Hieran sollte sich die Landespolitik orientieren und bei den unterschiedlichen Interessensgruppen für stärkere Akzeptanz werben. Die Einführung von wiederkehrenden Ausgleichszahlungen (Bauernmaut) ist an dieser Stelle jedoch nicht hilfreich.

Europäischen Energiebinnenmarkt stärken

Durch die Verknüpfung des deutschen Stromnetzes mit dem Übertragungsnetz der Nachbarstaaten wird die Elektrizitätsversorgung stabiler und wirtschaftlicher. Bezogen auf die gesamte EU können laut Kommission durch die Verwirklichung der Energieunion jährlich 40 Milliarden Euro eingespart werden. Hierdurch würden die notwendigen Erzeugungskapazitäten verringert und damit die Stromgestehungskosten sinken. Einschränkungen des grenzüberschreitenden Stromhandels durch zu geringe Transportkapazitäten bremsen jedoch das Zusammenwachsen des europäischen Strombinnenmarkts. Die Landespolitik muss sich daher für die weitere Verstärkung der Grenzkuppelstellen und die Energieunion insgesamt einsetzen.

Nationale Sonderwege vermeiden

Die bayerische Wirtschaft unterstützt den Umbau der Energieversorgung mit den Zielen Senkung der klimarelevanten Emissionen, Kernkraftausstieg, stärkere Nutzung erneuerbarer Energien und Schonung der natürlichen Ressourcen. Auch regionale Lösungen mit dezentralen Kraftwerken, Speichern oder Sektorenkopplung sollten unterstützt werden, wenn sie energie- und volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Nationale Alleingänge mit zusätzlichen Belastungen für die weltweit vernetzte bayerische Wirtschaft sind jedoch zu unterlassen.

Eine vollständige Marktöffnung beseitigt ineffiziente Preisverzerrungen und schafft Verbrauchsanreize. Durch eine Forderung nach Angleichung der europäischen Marktregeln und eine Harmonisierung der Fördersysteme kann sich auch die bayerische Landespolitik für einen europäischen Lösungsansatz stark machen.

Ansprechpartner:

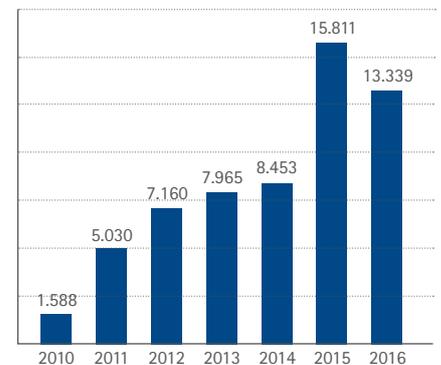
Janus Keck  089 5116-0  janus.keck@muenchen.ihk.de
Dr. Norbert Ammann  089 5116-0  norbert.ammann@muenchen.ihk.de

Forderungen



- Zügiger Ausbau der Übertragungsnetze in Bayern
- Akzeptanz für den Energieleitungsneubau erhöhen

Zunahme der Redispatch-Maßnahmen (Eingriffshäufigkeit in Stunden)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis BnetzA

Forderungen



- Grenzüberschreitende Übertragungskapazität erweitern
- Intensive Zusammenarbeit mit den Nachbarländern

Verwandte Themen



- Energie- und Ressourceneffizienz
- Rohstoffe
- Umweltpolitik



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter bihk.de/landtagswahl